



Bernhard Brinkmann (Hildesheim)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses
des Deutschen Bundestages

Berlin, 15. April 2010
Ausgabe Nr. 6 der 17. Wahlperiode

Auf den Punkt gebracht . . .

Strategie für handlungsfähige Kommunen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltslage der Städte und Kommunen in Deutschland ist katastrophal. Die krisenbedingt steigenden Sozialausgaben und die wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen gefährden die Handlungsfähigkeit der Kommunen. Anstatt eine finanzielle Perspektive zu schaffen, treibt Schwarz-Gelb die Kommunen durch Steuerprivilegien und Klientelgeschenke für einzelne Gruppen in den Ruin.

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Petra Roth (CDU), fasst die Lage folgendermaßen zusammen: „Die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise werden 2010 in den Kommunen immer starker spürbar. Ein Teil der Städte steht vor dem Kollaps und droht handlungsunfähig zu werden. Dort ist die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung in Gefahr.“ Roth weiter: „Rekorddefizite in zweistelliger Milliardenhöhe, eine explodierende Verschuldung durch kurzfristige Kredite, der stärkste Steuerrückgang seit Jahrzehnten und ungebremst steigende Sozialausgaben kennzeichnen die Situation.“ (Deutscher Städtetag Mitteilungen 1/10)

Auch Christian Schramm (CDU), Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, sprach Anfang des Jahres auf einer Pressekonferenz von „katastrophalen“ Zuständen in den Kassen der Kommunen. Er prognostiziert für die kommenden vier Jahre ein Minus von jährlich mehr als zwölf Milliarden Euro.

Diese Hilferufe aus den eigenen Reihen hört die CDU-Bundestagsfraktion offenbar nicht. Sie hatte die Chance gehabt, die Mehrwertsteuerbegünstigung für Hoteliers zurückzunehmen und einem Rettungsschirm für Kommunen zuzustimmen. Beides hatten wir am 26. März im Bundestag zur Abstimmung gestellt, aber die Regierungsfaktionen haben dagegen gestimmt.

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin
☎ (030) 227 – 77 265 • 📠 (030) 227 – 76 265
✉ bernhard.brinkmann@bundestag.de
Büro Hildesheim • Rathausstr. 13 B • 31134 Hildesheim
☎ (05121) 32 681 • 📠 (05121) 31 545
Büro Alfeld • Kalandstr. 5 • 31061 Alfeld
☎ (05181) 31 31 • 📠 (05181) 2 56 23
✉ bernhard.brinkmann@wk.bundestag.de



**Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Auch die Länder müssen ihrer Verpflichtung zu einer stabilen Finanzierung der Kommunen nachkommen. Während einige Länder gezielte Hilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage gewahren und die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs verstetigen, verweigern insbesondere schwarz-gelb regierte Länder, vor allem in Nordrhein-Westfalen, den Kommunen die dringend erforderliche Hilfe.

Steuerpolitik von Schwarz-Gelb verschärft die Lage Über die krisenbedingten Belastungen hinaus wird die extrem angespannte finanzielle Situation der Kommunen durch die jüngste Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung dramatisch verschärft. Mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ entstehen dem Gesamtstaat Ausfälle von rund 8,5 Milliarden Euro. Eine tatsächliche Wirkung auf das Wirtschaftswachstum wird von Experten nahezu einhellig bestritten. Beschlossen wurden u. a. Steuerprivilegien für Hoteliers, Erben und gewinnverlagernde Unternehmen – und das vor dem Hintergrund einer noch nie dagewesenen Rekordneuverschuldung von über 80 Milliarden Euro für das Jahr 2010.

Das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt bei den Kommunen zu Steuerausfällen von 1,6 Milliarden Euro. Hinzu kommen weitere gesetzliche Regelungen, die Steuervorteile für Auslagerungen bestimmter Unternehmensfunktionen ins Ausland wieder einführt und die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer aushöhlt. Den öffentlichen Haushalten drohen dadurch zusätzliche Ausfälle von jährlich 1,8 Milliarden Euro.

Die von der schwarz-gelben Koalition angekündigte Einkommensteuerreform (Stufentarif) im Umfang von 20 Milliarden Euro würde für die Kommunen nochmals Einnahmeverluste in Höhe von ca. 4 Milliarden Euro bedeuten.

Leistungen für die Bürger brechen weg

Die katastrophale finanzielle Lage der Kommunen bekommen Bürgerinnen und Bürger hautnah zu spüren. Viele müssen sich wegen leerer Kassen der Kommunen in den kommenden Jahren auf höhere Gebühren und weniger Leistungen einstellen. Beispiele aus Nordrhein-Westfalen:

- Wuppertal: Die Stadt muss das Schauspielhaus, drei Freibäder, zwei Hallenbäder, zwei Stadtteilbibliotheken und vier Bürgerbüros schließen. Zuschüsse im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich werden um 1,1 Millionen Euro gekürzt.
- Essen: Die Stadt muss Grundschulen schließen und ist mit insgesamt 3 Milliarden Euro Schulden konfrontiert.
- Duisburg: Die Stadt erhöht die Eintrittspreise für Schwimmbäder, Konzerte und Theater. Die Elternbeiträge für Kita- und Hortbetreuung sollen erhöht werden. Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen werden gekürzt oder fallen ganz weg. Die Rhein-Ruhr-Halle soll geschlossen werden.



**Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Solingen: Die Stadt schaltet die Straßenbeleuchtung in den Außenbezirken ab und erhöht die Müllgebühren (für eine Durchschnittsfamilie um 70 Euro).
- Oberhausen: Die Stadt spart beim Öffentlichen Nahverkehr und schließt vier Bäder.

Schwarz-Gelb riskiert Kinderbetreuungsausbau

Auch der Ausbau der Kinderbetreuung ist massiv bedroht. So ist in der derzeitigen Finanzlage schon der aktuelle Bestand nicht mehr gesichert. Der geplante Ausbau auf 750.000 Plätze steht auf dem Spiel. Ab 2013 haben Eltern von ein- und zweijährigen Kindern einen Rechtsanspruch auf den Betreuungsplatz. Auf Grund der desaströsen Finanzlage der Kommunen sieht der Deutsche Städte- und Gemeindebund eine Klagewelle auf die Kommunen zukommen.

Es fehlt jedes Konzept der Bundesregierung, wie der Ausbau abzusichern ist. Im Gegenteil, mit dem geplanten „Betreuungsgeld“ für Familien, die ihre Kinder zu Hause lassen, werden nicht nur die bildungs- und integrationspolitischen Ziele des Ausbaus von Betreuungsplätzen konterkariert. Auch die dafür eingeplanten Mittel von schätzungsweise 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro fehlen für die Kitas.

Abschaffung der Gewerbesteuer geplant

Am 4. März 2010 hat die Bundesregierung eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung eingesetzt. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.

Bereits 2003 waren diese Vorschläge Gegenstand der Beratungen einer ähnlichen Kommission unter dem damaligen Finanzminister Hans Eichel. Das Ergebnis war eindeutig: Das Modell hatte dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger, die Arbeitnehmer aber deutlich mehr zur kommunalen Steuerbasis hatten beitragen müssen.

Betrachtet man den Arbeitsauftrag der jetzigen Kommission genauer, kommt man schnell zu einem Ergebnis:

- Ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer soll geprüft werden. Da alle Bemühungen laut Auftrag „aufkommensneutral“ sein müssen, liefe diese Variante auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hinaus.
- Ein weiterer Untersuchungsgegenstand der Kommission ist die Einkommens- und Lohnsteuer. Das bedeutet nichts anderes als eine drastische Mehrbelastung aller Berufstätigen.
- Als dritte Alternative wird die Körperschaftsteuer genannt. Auch sie sank in 2009 um über 70 Prozent und die Kommunen hätten mit dieser Alternative noch schlechter dagestanden.



**Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Rettungsschirm für die Kommunen

Vor dem Hintergrund der ruinösen Finanzlage der Kommunen fordern wir einen Rettungsschirm für Kommunen. Diese Forderung haben wir am 26. März in einem Antrag im Bundestag bekräftigt. Bund und Länder müssen für die Kommunen ein wirksames Maßnahmenpaket auflegen. Der Rettungsschirm muss kurzfristig folgende Maßnahmen umfassen:

- Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die Kommunen eine vollständige Kompensation für ihre durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Milliarden Euro pro Jahr erhalten.
- Zur kurzfristigen Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen muss der Bund zusätzlich befristet auf zwei Jahre seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft um drei Prozentpunkte anheben. Dies ergäbe rund 400 Millionen Euro pro Jahr für die Kommunen.
- Alle von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten Vorhaben für Steuersenkungen, die zu weiteren Belastungen der Kommunen führen wurden, sind zu stoppen. Die angekündigten Veränderungen bei der Einkommensbesteuerung würden zu Einnahmeausfällen für die Kommunen in Höhe von rund 4 Milliarden Euro jährlich führen.

Darüber hinaus sind mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen zur Konsolidierung der kommunalen Finanzsituation erforderlich:

- bei bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen ist eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung sicherzustellen;
- die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist wieder zu stabilisieren – dies soll auf der Grundlage des sogenannten Kommunalmodells durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage erfolgen;
- die ungekürzte Weitergabe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt für kommunale Investitionsmaßnahmen, Betriebsmittel usw. durch die Länder ist zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen